

Meinung

Greenpeace hat ein Meldeportal eingerichtet, um Gastro-Betriebe anzuzeigen, die keine Mehrwegverpackungs-Alternativen für das Mitnehmen von Speisen in Plastik-Einwegverpackungen oder Getränken anbieten. Diese Pflicht gilt seit Jahresbeginn.

Zu den aufgezählten Verstößen der Gastronomen gegen die Anordnung gehört unter anderem auch, dass ein Aufpreis für eine Mehrweg-Alternative verlangt, nicht für alle Portionsgrößen Mehrweg-Alternativen angeboten werden und/oder im Geschäft die Mehrweg-Alternativen nicht mit deutlich sichtbaren Hinweisen beworben werden.

https://www.greenpeace.de/publikationen/Kurzanleitung%20Single%20Use%20Meldeportal_1.pdf

**„Der größte Lump im ganzen Land,
das ist und bleibt der Denunziant.“**

(Hoffmann Von Fallersleben zugeschrieben)

Der Denunziant wird von Greenpeace mit einem Klick an die zuständige Landesbehörde weitergeleitet, nachdem er seine persönlichen Daten angeben hat. Denunziation ist im Falle einer falschen Verdächtigung strafbar. Darüber klärt Greenpeace allerdings nicht auf.

Laut Strafgesetzbuch – Falsche Verdächtigung (§§ 164 – 165) – wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wer einen anderen bei einer Behörde oder einem zur Entgegennahme von Anzeigen zuständigen Amtsträger oder militärischen Vorgesetzten oder öffentlich wider besseres Wissen einer rechtswidrigen Tat oder der Verletzung einer Dienstpflicht in der Absicht verdächtigt, ein behördliches Verfahren oder andere behördliche Maßnahmen gegen ihn herbeizuführen oder fort dauern zu lassen.



Vielleicht wird ein empörter „Umweltschützer“ aus Angst vor Strafe vor einem Klick zurückschrecken, Lumpen dagegen scheuen keine Strafen, wenn das politische System und Nicht-Regierungsorganisationen die Denunziation fördern. An diese Klientel wendet sich Greenpeace.

Denunzianten sind keine Helden, sondern törichte Lumpen, die die gesellschaftliche Tragweite der Denunziation nicht verstehen.

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts hat sich an dem üble Beigeschmack, der dem Denunzianten anhaftet, nicht geändert. Während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft wurde durch Denunzianten ein Großteil des abweichenden Verhaltens der Bevölkerung verfolgt. Dies erforderte aber die totale Kontrolle der gesamten Gesellschaft – auch der Denunzianten.

Die Demokratie braucht keine Denunzianten. Beim Aufbau und zur Festigung totalitärer Gesellschaftssysteme sind sie jedoch unentbehrlich.

Zur [Erinnerung](#): Am 9. Februar 2022 stellte Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) die Greenpeace-Chefin Jennifer Morgan als ihre neue „rechte Hand“ und als Steuerfrau im Außenministerium vor. Der 9. Februar 2022 kann als der Tag in die Geschichte eingehen, an dem die Außenpolitik Deutschlands eine grundsätzliche Neuausrichtung erfuhr, sagt die WELT. Der lange Schatten des WEF und seiner Nicht-Regierungsorganisationen reicht bis in die Innen-, Wirtschafts-,

Landwirtschafts-, Bildungs- und Kulturpolitik Deutschlands.

Faina Faruz

Titelbild: [johnhain, pixabay](#)

[Greenpeace entsendet die neue Steuerfrau der Regierung](#)



Werbung

